



# Arbeitsheft

Nummer 2

1. Parteitag, 2. Tagung  
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg  
13. Dezember 2008  
Blossin



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	<b>4</b>
<b>Aktualisierter Entwurf Tagesordnung/Zeitplan .....</b>	<b>5</b>
<b>Änderungsvorschläge für den Antrag des LV .....</b>	<b>6</b>
„Weichenstellung für Brandenburg: Zukunft sichern, Armut bekämpfen. Original sozial: DIE LINKE“	
Einreicher: .....	6
Im Auftrag der drei Sprecher der KPF K. Hannemann	
Einreicher: .....	8
Steffen Friedrich (Hennigsdorf, Oberhavel) und Artur Pech (Schöneiche, Oder-Spree) Unterstützer: Monika Krüger, Friedrich Hrdina und Peter Engert (alle MOL).	
Einreicher: .....	12
Kirsten Tackmann, Kornelia Wehlan, Carolin Steinmetzer-Mann	
Brief der AG Umwelt: Kritik am Antrag .....	13
<b>Antrag zum Plan der Abführungen .....</b>	<b>14</b>
Einreicher: Für den Kreisvorstand Märkisch-Oderland: Joachim Fiedler, Kreisschatzmeister	
<b>dazu: Stellungnahme zum LPT-Antrag des KV Märkisch-Oderland .....</b>	<b>15</b>
Einreicher: Matthias Osterburg	
<b>Kandidaturen als Ersatzdelegierte für den Bundesausschuss .....</b>	<b>21</b>
Rosemarie Kaersten .....	21
Dr. sc. phil. Artur Pech .....	22
Petra Wirth .....	23

# Vorwort

Liebe Delegierte des Landesparteitages,

hiermit erhaltet ihr ein zweites Arbeitsheft zur Tagung des Landesparteitags am 13. Dezember 2008 in Blossin.

Ihr findet darin Änderungsanträge zum Antrag des Landesvorstandes „Weichenstellung ...“, den ihr bereits mit dem ersten Arbeitsheft erhalten habt. Außerdem findet ihr einen weiteren Antrag an den Parteitag aus dem KV MOL und eine Stellungnahme des Landesschatzmeisters dazu.

Auch über die bisher bekannten Kandidaturen als Ersatzdelegierte zum Bundesausschuss informieren wir euch hiermit.

Wir hoffen, damit die nötigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tagung des Parteitages geschaffen zu haben und wünschen euch eine gute Anreise nach Blossin.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Strauß

Landesgeschäftsführerin

# Aktualisierter Entwurf Tagesordnung/Zeitplan

10.00 Uhr	Eröffnung der Tagung
10.15 Uhr	Rede des Landesvorsitzenden Thomas Nord zur politischen Situation nach der Kommunalwahl
10.40 Uhr	Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion Kerstin Kaiser zu den weiteren politischen Aufgaben im Wahljahr 2009
11.05 Uhr	Rede des Europaabgeordneten Helmuth Markov zum Entwurf des Europawahlprogramms
11.15 Uhr	Diskussion
12.00 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
12.05 Uhr	Behandlung und Beschluss des Antrags von LV und LTF für einen Politikwechsel für das Land
12.20 Uhr	Beschluss zu Änderungen an der Landessatzung (2/3-Mehrheit)
12.25 Uhr	Wahl von Ersatzdelegierten für den Bundesausschuss, Aufstellung der Frauenliste und der gemischten Liste
12.55 Uhr	Wahlgang und Mittagspause
13.55 Uhr	Bekanntgabe der Wahlergebnisse
14.00 Uhr	Behandlung weiterer Anträge
14.10 Uhr	Schlusswort des Landesvorsitzenden

## Änderungsvorschläge für den Antrag des LV

# „Weichenstellung für Brandenburg: Zukunft sichern, Armut bekämpfen. Original sozial: DIE LINKE“

### **Einreicher:**

**Im Auftrag der drei Sprecher der KPF Brandenburg**

**K. Hannemann**

ZEILEN 21 BIS 27; HINTER“... TAGESORDNUNG GERÜCKT.“ NEUER TEXT:

„Es gilt die Ursachen für die Anhäufung von Reichtum auf der einen Seite und wachsender Armut auf der anderen Seite aufzudecken. Ihnen liegen Widersprüche zugrunde, die im Kapitalismus nicht lösbar sind.

Deshalb besteht unser Ziel in einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird.

Wir nennen das Sozialismus. Unser Einsatz....“

### **Begründung:**

Was soll das Gerede von der „richtigen Mischung“, einer „stabilen Balance“ und dem „dritten Weg“? Die derzeitige Gesellschaft ist durch so harte Klassengegensätze geprägt, dass sozialistische Elemente innerhalb derselben keine Chance haben.

Der berechtigte Kampf um soziale Verbesserung überwindet den Kapitalismus nicht.

Dazu sind Massenbewegungen des Volkes erforderlich, wie wir das jetzt in den lateinamerikanischen Ländern beobachten können.

ZEILEN 53 BIS 57; HINTER „... NICHT AUFGEANGEN.“:

„Dennoch sind Erfolge zu verzeichnen: Die Infrastruktur wurde ausgebaut und modernisiert, die Anzahl der Hochschulen erweitert und neue Institute gegründet.

Viele Innenstädte wurden rekonstruiert und attraktiver gestaltet. Die Umweltsituation wurde verbessert, obwohl es auf diesem Gebiet noch viel zu tun gibt.

Es gelang, viele Kita-Plätze zu erhalten und die diesbezügliche Versorgung auf einem relativ hohen Niveau zu gewährleisten.“

### **Begründung:**

Die Feststellung, dass „das Leben viele beherrschbar und auch lebenswert geworden“ ist, würde den Widerspruch der vielen Menschen hervorrufen, bei denen das Gegenteil der Fall ist. Die „vitale Forschungslandschaft“ bereitet uns einige Bauchschmerzen, da in unserem Lande mehr Forschungskapazitäten zerstört als neu aufgebaut wurde. Aber das müsste an anderer Stelle untergebracht werden.

Der hohe Versorgungsgrad mit Kita - Plätzen ist kein Verdienst der Bundes- oder der Landesregierung.

Eine zu positive Beurteilung der Fortschritte stände im Widerspruch zur berechtigten Kritik an der mangelhaften Arbeit der Landesregierung.

ZEILEN 59 BIS 60; NEUER TEXTVORSCHLAG:

„Brandenburgerinnen und Brandenburger haben allen Grund, auf ihre Lebensleistung stolz zu sein. Auch die seit 1990 bestehenden neuen Chancen wurden größtenteils genutzt.

Es bedurfte aber großer Anstrengungen, wenigstens einen Teil dessen, was sich zu DDR-Zeit bewährt hat, erhalten.

Trotz der Teilerfolge gibt es keinen Anlass, sich zurück zu lehnen.“

ZEILEN 482/483; TEXTÄNDERUNG UND STREICHUNG:

„Wenn die SPD darüber nicht reden will, muss sie einen Politikwechsel, besonders in sozialer und friedenspolitischer Hinsicht, vollziehen.“

Deren Partnersuche sollten wir weglassen. Das ist ihr Problem. Indirekte Koalitionsangebote haben wir nicht nötig.

ZEILEN 496 BIS 499; TEXTÄNDERUNG:

„Brandenburg hat die Möglichkeit, einen guten Weg zu beschreiten. Unter den Bürgerinnen und Bürgern gibt es eine Mehrheit für eine solidarische Politik, die neue Zukunftschancen eröffnen könnte. Diese werden aber nur wirksam, wenn sozial engagierte Abgeordnete gewählt werden, die nicht nur Versprechungen machen.

, sondern den Willen der Brandenburger gemeinsam mit ihnen umsetzen.

DIE LINKE ist bereit, in diesem Sinne ihre Politik fortzuführen.“

**Begründung:**

Die Brandenburger haben nicht jedem Falle einen guten Weg vor sich. Sie müssen ihn sich durch politisch klares Handeln kämpfen.

## Änderungsvorschläge für den Antrag des LV

# „Weichenstellung für Brandenburg: Zukunft sichern, Armut bekämpfen. Original sozial: DIE LINKE“

### Einreicher:

**Steffen Friedrich (Hennigsdorf, Oberhavel) und Artur Pech (Schöneiche, Oder-Spree)**

**Unterstützer: Monika Krüger, Friedrich Hrdina und Peter Engert (alle MOL).**

### *Zeile 11*

streichen „enthemmte neoliberale“.

### **Begründung:**

Es ist eine Krise des realen Kapitalismus, nicht nur eine Krise kapitalistisch geprägter Politik. Gerade Linke sollten nicht der Illusion (der von Interessen geleiteten Vorstellung) Raum geben, hier müssten nur einige übergeschnappte Manager an die Kette gelegt werden, und alles wird gut.

Da wird die Reparatur des real existierenden Kapitalismus schnell zum strategischen Ziel linker Politik – und das ist ein bisschen zu wenig.

### *Zeile 12*

Ersetzen „begründete“ durch: schrankenlos ausweitete“.

### **Begründung:**

Alle diese Erscheinungen waren nicht neu sondern schon vorher Bestandteile kapitalistischer Wirtschaft. Neu war angesichts der gewachsenen Dimension kapitalistischer Freiheit deren hemmungslose Ausweitung.

### *Einfügen nach Zeile 18*

Statt nur den Kapitalismus zu retten – wie es das erklärte Ziel der aktuellen Hilfsprogramme für Banken und Konzerne ist – wollen wir ihm zunächst auch in der Landespolitik Grenzen setzen um ihn künftig zu überwinden.

### **Begründung:**

Die reale politische Entwicklung – in der akuten Krise die Umverteilung von Unten nach Oben fortzusetzen braucht an prominenter Stelle unsere Kampfansage und nicht die Konsenssuche mit den Kapitalismusrettern.

Wir dürfen vor der bevorstehenden enormen Verschärfung sozialer Konflikte nicht die Augen verschließen.

### *Zeile 19 bis 27*

(Erneut sind... bis ... auf den Weg) streichen.



Stattdessen einfügen:

Der Aufschwung der letzten Jahre hat die weitaus überwiegende Mehrheit der Menschen in Brandenburg nicht erreicht. Jetzt droht eine Entwicklung, in der die Folgen der Krise des Kapitalismus umso brutaler auf die von Erwerbsarbeit lebenden, auf die Rentnerinnen und Rentner, auf die Arbeitslosen, auf die sozial Benachteiligten abgewälzt werden. Dem werden wir entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

### **Begründung:**

In einem Beschluss am Beginn einer großen Krise sollte die Landespartei nicht abgehoben über in der Partei weithin strittige Thesen philosophieren, sondern sich zu den Kernproblemen konkreter Aktion positionieren.

*Zeile 30*

Streichen: „orientieren auf“. Stattdessen: Wir streiten für

### **Begründung:**

Dieses „orientieren auf“ ist beliebig und bei Bedarf auch verzichtbar.

*Zeile 35 - 39*

Streichung des 2. Satzes, welcher in **Zeile 36** beginnt.

Ersetzen durch: Wir sind der Auffassung, dass es sich eben nicht nur um eine Finanzkrise handelt, sondern vielmehr um eine Krise der Demokratie und der Wirtschafts- und Sozialordnung.

### **Begründung:**

Warum wollen wir hier hinter dem zurück bleiben, was wir als LINKE schon auf der Bundesebene (konkret im Bundestag) klar und deutlich zum Ausdruck gebracht haben? (Entschließungsantrag der Fraktion und Redebeitrag Oskar Lafontaine am 15. Oktober 2008)

*Streichung des 3. Satzes, welcher in Zeile 37 beginnt.*

Ersetzen durch: Diese Krise wird erst dann nachhaltig überwunden sein, wenn es uns gelingt, die Interessen der Mehrheit zur Geltung zu bringen – d. h., *tatsächliche* Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere der Wirtschaft, herzustellen!

### **Begründung:**

Die Formulierung „...neue Sternstunde...“ erscheint mir als zu pathetisch;

was heißt „...Mahnung zu einer neuen Sternstunde der Demokratie...“? Wenn es eine „neue Sternstunde“ geben soll, setzt es voraus, dass es schon eine „Erste“ gab. Wann und wo – als DDR-sozialisierter Neubundesbürger würden mir da maximal die ersten und letzten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR im März 1990 einfallen – ist das gemeint? Nur, als Sternstunde würde ich auch diese Wahlen nicht bezeichnen.

#### *Zeile 44*

Einfügen: „dürfen“ vor „...nicht über...“, d. h. der Satz lautet dann: „Diese Auseinandersetzungen werden nicht außerhalb Brandenburgs und **dürfen** nicht über unsere Köpfe hinweg geführt - sondern auch in Brandenburg, mit uns und durch uns.“

**Begründung:** Gerade der Umgang und die Herangehensweise an die jetzige Krisenbewältigung zeigen doch ganz deutlich, dass über „unsere Köpfe“ hinweg entschieden wurde und wird.

#### *Zeile 52 ff*

Streichung des Satzteiltes „...der Vereinigung der beiden deutschen Staaten...“

Ersetzen durch: „...des Beitritts der DDR zur BRD...“

#### **Begründung:**

Es bleibt eine Tatsache, die DDR ist auf Grundlage des damals noch existierenden Art. 23 des Grundgesetzes, der BRD beigetreten - eine Vereinigung war nicht gewollt, denn diese hätte ja zur Folge, dass das Grundgesetz außer Kraft getreten wäre und entsprechend Art. 146 eine, Zitat „...Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

#### *Zeile 53*

Streichung des Wortes „so“ vor „...nicht aufgegangen,“ und an Stelle des Kommas einen Punkt machen.

Streichung ab Zeile 53 ab dem Wort „dennoch“ bis einschließlich Zeile 57.

#### **Begründung:**

Wie kann von „beherrschbar“ gesprochen werden, wenn für die Masse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eben ihr Arbeitsplatz nicht sicher ist, ständig mit dem Verlust der Einkommensgrundlage gerechnet werden muss? Die Aussage „...leistungsfähige moderne Infrastruktur...“ darf doch nicht verallgemeinert werden, das trifft doch auf gar keinen Fall flächendeckend zu. Warum haben sich erst unlängst die MP von Brandenburg und Sachsen-Anhalt an der südlichen Landesgrenze getroffen (18.11.) - nämlich genau, um über dieses Thema (Ausbau, Verbesserung von Infrastruktur) zu verhandeln. Wenn es eine „...vitale Hochschul- und Forschungslandschaft“ in Brandenburg gibt, warum hat dann die Fraktion DIE LINKE bei den letzten beiden Landtagssitzungen (19. und 20.11.) insgesamt 6 Änderungsanträge zum Brandenburgischen Hochschulgesetz gestellt? Die Aussagen, welche sich auf KITA und Umweltsituation beziehen, empfinde ich nur noch als zynisch, denn beides hat aus meiner Überzeugung etwas mit der nicht mehr existierenden DDR zu tun. Die hohe Anzahl von KITA-Plätzen ist nun wirklich kein Verdienst der jetzigen Landesregierung, und was nutzt ein hoher Versorgungsgrad an KITA-Plätzen, wenn der Versorgungsgrad mit Erzieherinnen und Erziehern einfach nur katastrophal ist, so dass sich im Land schon die nächste Volksinitiative abzeichnet? Die gute Umweltbilanz hat vielleicht auch etwas mit dem Zerschlagen aller industriellen Kerne zu tun. Was neu dazu kam, unterliegt den harten Auflagen aus Brüssel und ist ebenfalls kein Verdienst der Landesregierung, den wir als LINKE herausstellen müssen.

Zeile 63

vor dem Wort „Aufschwungs“ einfügen „so genannten“ oder „scheinbaren“

**Begründung:**

Als LINKE sollten wir erst dann von Aufschwung reden, wenn er auch die Massen erreicht hat. Genau das ist aber in den letzten Jahren nicht geschehen. Nur ganz wenige haben partizipiert. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer kam in der jüngsten Landtagsdebatte, als es um die Diätenerhöhung ging, zu der Feststellung „Bei 80 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger ist der jüngste Aufschwung gar nicht erst angekommen.“

Alle kritisierten Aussagen, Wörter und Passagen werden schließlich und letztendlich durch die jetzt folgenden Zeilen ja selbst in Frage gestellt, d. h. ab Zeile 67 ff werden im Widerspruch zu vorher Gesagtem, Versuche unternommen, eine kritische Bilanz aufzuzeigen.

## Änderungsvorschläge für den Antrag des LV

# **„Weichenstellung für Brandenburg: Zukunft sichern, Armut bekämpfen. Original sozial: DIE LINKE“**

### **Einreicher:**

**Kirsten Tackmann, Kornelia Wehlan, Carolin Steinmetzer-Mann**

Nach Zeile 172 „...eine Bodenpolitik, die die Brandenburger Landnutzer stärkt, und die Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen...“

wird eingefügt:

...beinhaltet. Dies wollen wir erreichen, indem die ländlichen und strukturschwachen Räume so entwickelt werden, dass sie dem Grundsatz der Landesverfassung folgend, gleichwertige Lebensbedingungen garantieren. Dazu sind die spezifischen Potenziale gezielt zu entwickeln. Land- und Forstwirtschaft müssen dabei als Anker für Existenz sichernde Einkommen und selbstbestimmtes Leben in den Dörfern und kleinen Städten verstanden werden. Wir lehnen daher die Stellenkürzungen im Zuge der Forstreform ab und fordern stattdessen eine Erschließung der Holzreserven vor allem im Kleinprivatwald und die Unveräußerlichkeit des Landeswaldes. In der Landwirtschaft gilt es, den Beschlüssen zur Benachteiligung der ostdeutschen Agrarstrukturen wirksame Förderinstrumente entgegenzusetzen, die einen Verbleib der finanziellen Mittel in unseren Regionen sichern. Das bedeutet auch, dass alle Maßnahmen, die zu einer Verbesserung und Harmonisierung der Umweltstandards beitragen, von uns unterstützt werden. Dabei sind neue Einkommensquellen und Geschäftsfelder zu erschließen. Der Boden als Hauptproduktionsmittel und die Nahrungsmittel dürfen nicht zum Spekulationsobjekt von Finanzjongleuren werden. Kreislaufwirtschaft und die Versorgung des Ballungsraumes Berlin sind zu fördern.

Einkommen im ländlichen Raum zu akkumulieren bedeutet gleichermaßen, die reichhaltigen naturräumlichen Gegebenheiten Brandenburgs zu erhalten, zu pflegen und schonend zu nutzen. Ebenso sind diese Landstriche in ihrer Attraktivität für die Erholungsfunktion zu entwickeln, durch sanften Tourismus, Umweltbildung und die Stärkung der Großschutzgebiete. Naturschutz ist ein Wert an sich. Der Schutz von Arten und Biotopen lässt sich nicht gegen Wirtschaftswachstum und Bautätigkeit aufrechnen. Ohne intakte Umwelt, ohne funktionierenden Landschaftswasserhaushalt und ohne notwendige Anpassungsstrategien zur Vermeidung bzw. Abmilderung von Klimaveränderungen stellt sich jeder Fortschritt aufgrund der spezifischen Brandenburger Bedingungen selbst in Frage.



LAG Umwelt, C. Rehmer, Brauerstr. 1-3, 16321 Bernau bei Berlin  
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg  
Landesvorstand  
Alleestr. 3  
**D - 14469 Potsdam**

**SprecherInnen der LAG  
Umwelt**

**Peter Engert**

K.-E.-Ziolkowski-Ring 1  
15517 Fürstenwalde  
Tel: 03361 / 344351  
peterengert@t-online.de

**Christian Rehmer**

Brauerstr. 1-3  
16321 Bernau bei Berlin  
Tel.: 03338 / 908428  
Christian.Rehmer@web.de

**Sylvia Voß**

R.-Breitscheid-Str. 156  
14482 Potsdam  
Tel: 0331 / 705142  
sylvia\_voss@t-online.de

Bernau bei Berlin, 29. November 2008

### **Kritik am Antrag an den LPT (eingereicht vom Landesvorstand)**

Liebe Genossinnen und Genossen des Landesvorstandes, lieber Thomas,

die LAG Umwelt hat auf ihrer heutigen Sitzung über den von Euch eingereichten Antrag an den Landesparteitag beraten. Wir haben uns gegen Änderungsanträge entschieden, möchten Euch jedoch unsere Kritik mitteilen.

Umweltpolitisch ist dieses Papier das verbesserungswürdigste Dokument, was wir seit Langem im Brandenburger Landesverband gelesen haben. Sowohl das letzte Landtagswahlprogramm, als auch die im Rahmen der Leitbilddebatte diskutierten Dokumente zeigten umweltpolitische linke Perspektiven. Diese wurden im vorliegenden Antrag vernachlässigt.

Im Antrag wird auf die Themen Energie/CO2/Klimawandel, Abwasser und ÖPNV eingegangen. Alle anderen für eine linke umweltpolitisch engagierte Partei wichtigen Themen wurden entweder nur kurz erwähnt oder blieben außen vor. Das sind vor Allem:

*Naturschutz(gebiete), Umweltbildung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Tourismus & Naherholung, Energieeinsparung, Stadt- und Landschaftsplanung, Wasserhaushalt, Flächenverbrauch, etc.*

Wir bitten Euch beim Landtagswahlprogramm klare umweltpolitische Aussagen zu treffen. Es darf auf keinen Fall hinter die Texte im Leitbild zurückfallen. Wenn Ihr dazu die Hilfe der LAG Umwelt in Anspruch nehmen wollt, so stehen wir gerne zur Verfügung. Bitte händigt den Delegierten des LPT diesen Brief als Kopie für ihre Tagungsunterlagen aus.

Mit (umwelt)freundlichen Grüßen,

Peter Engert,

Christian Rehmer

& Sylvia Voß

# **Antrag zum Plan der Abführungen**

**Einreicher:  
Für den Kreisvorstand Märkisch-Oderland  
Joachim Fiedler, Kreisschatzmeister**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Bei der Festsetzung des Plans der Abführungen durch den Landesvorstand gemäß § 5 Absatz 3 der Landesfinanzordnung ist der durch den jeweiligen Kreisverband zu leistende Anteil auf maximal 50% der Einnahmen aus Beiträgen und Spenden zu begrenzen.
2. In die Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kreisverbände sind die bei den Kreisverbänden gebildeten Rücklagen einzubeziehen.

## **Begründung:**

§ 5 der Landesfinanzordnung ist mit „Eigenfinanzierung und Finanzausgleich“ überschrieben. Damit ist das Grundprinzip unserer Finanzarbeit im Landesverband beschrieben, nämlich die Eigenverantwortung jedes Kreisverbandes zur Sicherung der notwendigen Einnahmen, damit die notwendigen Mittel zur Finanzierung der politischen Arbeit, für die Sicherung des Geschäftsbetriebs als auch für die Bildung von Rücklagen zur Verfügung stehen. Andererseits wird mit dem innerparteilichen Finanzausgleich dem Prinzip der innerparteilichen Solidarität Rechnung getragen. Der Kreisverband hat sich dieser Verantwortung immer gestellt. Der Kreisverband Märkisch-Oderland hatte nach dem Kreisverband Potsdam den zweithöchsten Anteil am Plan der Abführung zu leisten. Er belief sich in den letzten Jahren auf über 50% der Einnahmen des Kreisverbandes. Der Kreisverband hat es vermocht, die ihm verbleibenden Mittel für eine wirksame politische Arbeit einzusetzen, was seinen sichtbaren Ausdruck in den Wahlergebnissen der letzten Jahre fand. Dennoch war der Kreisverband 2005 in eine schwierige Situation geraten. Dank eigener Anstrengungen aber auch dank der Unterstützung des Landesverbandes konnte diese Situation gemeistert werden. Trotzdem gelang es bisher nicht, wieder eine nennenswerte Rücklage ähnlich wie in den anderen Kreisverbänden aufzubauen, um für künftige politische Herausforderungen aber auch für die Sicherstellung eines entsprechenden Geschäftsbetriebes gerüstet zu sein.

Der jüngste Entwurf des Plans der Abführungen für 2009 sieht für den Kreisverband Märkisch-Oderland eine Abführungen von 103.659 Euro an den Landesvorstand vor, somit eine Erhöhung um 4.543 Euro gegenüber dem Vorjahr. Der Kreisverband hatte sich daher mit einem gleich lautenden Antrag an den Landesfinanzrat gewandt, der jedoch auf der Beratung am 23.10.2008 keine Zustimmung fand.

Aus diesem Grund wendet sich nunmehr der Kreisverband Märkisch-Oderland an den Landesparteitag mit der Bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

# Stellungnahme zum LPT-Antrag des KV Märkisch-Oderland

**Einreicher: Matthias Osterburg, Landesschatzmeister**

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich setze mich mit dem Antrag des Kreisverbands Märkisch-Oderland intensiv auseinander. Der Antrag zielt auf eine Änderung unseres Systems zum Plan der Abführungen zu gelangen und dabei zugleich den innerparteilichen Finanzausgleich zu bewältigen.

Dieses System ist durch die Praxis geboren und in mehrjähriger Anwendung verfeinert worden. Seine Grundzüge sind in § 5 der Landesfinanzordnung der LINKEN beschrieben. Es wurde geschaffen, um langfristig eine dauerhafte und nachhaltige Arbeit der PDS bzw. LINKEN in allen Regionen des Landes zu ermöglichen. Es ist getragen vom Prinzip des solidarischen Ausgleichs zwischen den Kreisverbänden und von dem Anspruch nach Möglichkeit keine weißen Flecken auf der Landkarte der Landespartei zuzulassen. Jeder Kreisverband soll in der Lage sein, ein Mindestmaß an politischer Arbeit und den dafür notwendigen Geschäftsbetrieb zu finanzieren. Weil es für die kleinen Kreisverbände unmöglich wäre, diese Arbeit zu leisten und gleichzeitig in gleichem Maße wie die mitglieder- und finanzstarken Kreisverbände an der Finanzierung des Landesvorstands und seiner Geschäftsstelle beteiligt zu sein, tragen die mitglieder- und finanzstarken Kreisverbände solidarisch den größten Anteil am Plan der Abführung an den Landesvorstand. Dabei bleibt ihnen für die Arbeit im Kreisverband immer noch ein größerer Betrag an finanziellen Mitteln als den kleinen Kreisverbänden. So verbleibt dem Kreisverband Märkisch-Oderland immer noch mehr als der doppelte Betrag des finanzschwächsten Kreisverbands Prignitz. Somit wird zwar ein solidarischer Ausgleich geschaffen, den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Kreisverbänden wird trotzdem Rechnung getragen.

Dieses Prinzip ist verteidigungswert.

Eine Veränderung des Verfahrens im Sinne des Antrags aus Märkisch-Oderland würde dazu führen, dass die starken Kreisverbände noch finanzstärker wären und die Abstände zwischen den Kreisverbänden und ihrer Leistungsfähigkeit größer werden.

Das Verfahren zum Plan der Abführungen ist auch getragen von dem Gedanken, dass der Landesvorstand und seine Geschäftsstelle ein zentraler Punkt im Landesverband und Dienstleister für die Kreisverbände ist. In der Landesgeschäftsstelle werden sowohl zentrale Aufgaben im politischen wie administrativen Bereich abgewickelt. Der Landesvorstand erarbeitet die politischen Grundlagen für die landespolitischen Themen, hält die Verbindung zu den landesweiten Zusammenschlüssen und zum Parteivorstand. Seine Geschäftsstelle sorgt für die organisatorische Gewährleistung der partei-internen Demokratie, die in Landesparteitag, im Landesausschuss, Schieds- und Revisionskommission usw. ihren Ausdruck finden. Die Geschäftsstelle sorgt auch für den reibungslosen Ablauf der Parteifinanzen. Dazu wird hier die laufende Finanzbuchhaltung für die Kreisverbände übernommen, wird der Bankeinzug der Beiträge durchgeführt, werden die meisten technischen Arbeiten zum Jahresabschluss und zur Erstellung des Rechenschaftsberichtes geleistet. Im Bereich der politischen Arbeit schafft und betreut die Landesgeschäftsstelle zunehmend professionalisierte Angebote, z.B. mit dem Internetredaktionssystem und verknüpft die ehrenamtliche Arbeit in den Kreisverbänden zu landes- und bundesweiten Kampagnen. Die Landesgeschäftsstelle ist zentraler Anlaufpunkt in den Wahlkämpfen. Nicht zuletzt ist sämtliche hauptamtliche Arbeit bei der Landesgeschäftsstelle finanziell angebunden.

Die Abführungen der Kreisverbände ermöglichen diese Arbeit, die politisch gemeinsam gewollt ist.

Im Folgenden will ich die Auswirkungen des Änderungsantrags aus dem Kreisverband Märkisch-Oderland in Zahlen darstellen:

Im Verfahren zum Plan der Abführungen und zum innerparteilichen Finanzausgleich werden die Einnahmen der Kreisverbände prognostiziert. Hiergegen wendet sich der Antrag aus MOL nicht.

In einem zweiten Schritt werden den Kreisverbänden durch Sockelbeträge und verschiedene Zuschläge (pro Mitglied, für Flächengröße des Landkreises und überregionale Veranstaltungen) notwendige Ausgaben zugeordnet. Diese Ausgabenbeträge müssen allen Kreisverbänden mindestens verbleiben. Auch hiergegen wendet sich der Antrag aus MOL nicht.

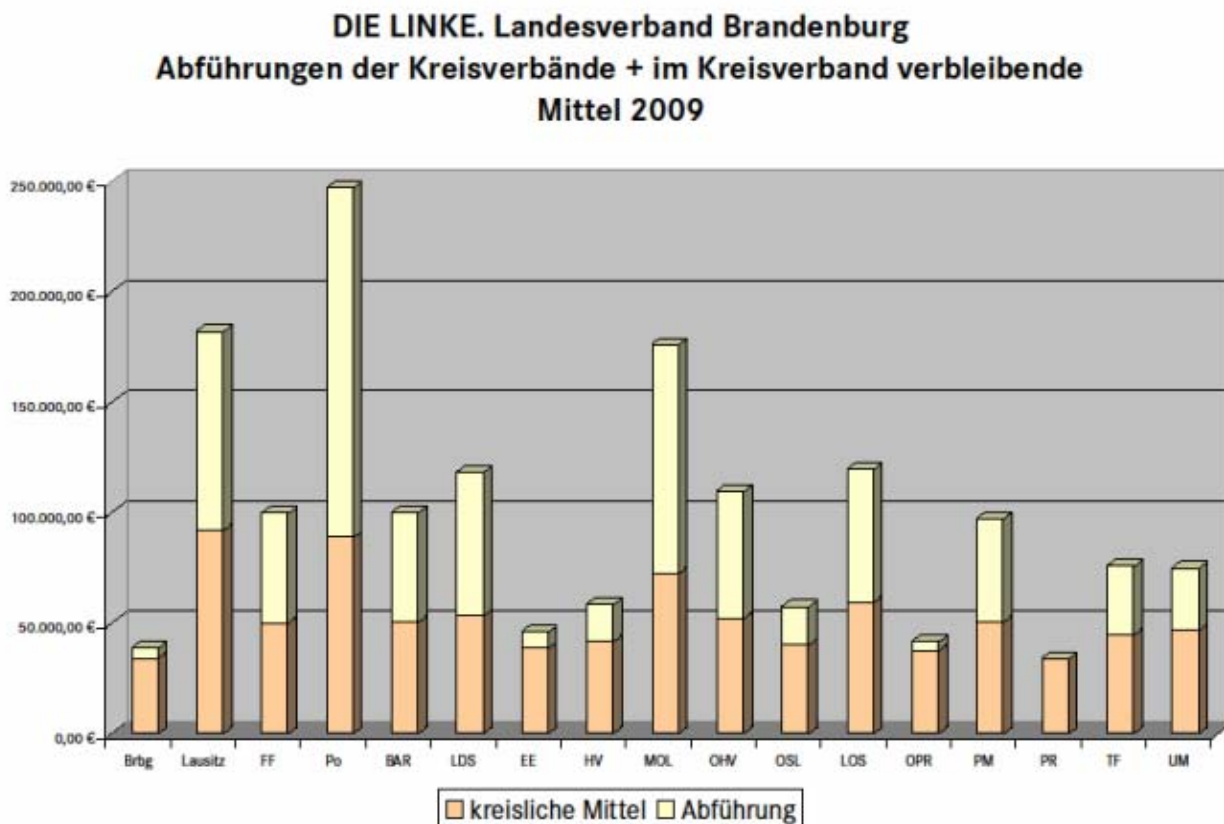
Aus der Differenz zwischen den prognostizierten Einnahmen und den notwendigen Ausgaben ergibt sich ein Betrag, der dem Landesvorstand durch jeden Kreisverband zur Verfügung gestellt werden kann. Die Differenz zwischen den Einnahmen aller Kreisverbände und aller notwendigen Ausgaben beträgt 853.002,55 €. Der Bedarf des LV liegt 2009 jedoch darunter bei 791.000,00 €. Deshalb werden die Kreisverbände aus dem von Ihnen zur Verfügung gestellten Betrag nur anteilig in Anspruch genommen. Der Rest verbleibt ihnen für Geschäftsbetrieb und politische Arbeit im Kreisverband. Im Jahr 2009 sieht das nach dem Entwurf des Plans der Abführungen so aus:

KV	geplante Einnahmen	Abführung	% von Einnahmen	im KV verbleibende Mittel	% von Einnahmen
Brbg	38.699,80 •	4.756,07 •	12,3%	33.943,73 •	87,7%
Lausitz	182.032,37 •	90.210,33 •	49,6%	91.822,04 •	50,4%
FF	99.728,56 •	49.677,75 •	49,8%	50.050,81 •	50,2%
<b>Po</b>	<b>247.034,86 •</b>	<b>158.224,36 •</b>	<b>64,0%</b>	<b>88.810,50 •</b>	<b>36,0%</b>
BAR	100.081,19 •	49.813,74 •	49,8%	50.267,45 •	50,2%
<b>LDS</b>	<b>118.203,68 •</b>	<b>65.053,54 •</b>	<b>55,0%</b>	<b>53.150,14 •</b>	<b>45,0%</b>
EE	46.040,22 •	7.254,12 •	15,8%	38.786,10 •	84,2%
HV	58.366,50 •	16.711,85 •	28,6%	41.654,65 •	71,4%
<b>MOL</b>	<b>176.145,60 •</b>	<b>103.674,79 •</b>	<b>58,9%</b>	<b>72.470,81 •</b>	<b>41,1%</b>
<b>OHV</b>	<b>109.642,78 •</b>	<b>57.539,73 •</b>	<b>52,5%</b>	<b>52.103,06 •</b>	<b>47,5%</b>
OSL	57.336,73 •	17.267,31 •	30,1%	40.069,42 •	69,9%
<b>LOS</b>	<b>119.609,48 •</b>	<b>60.270,05 •</b>	<b>50,4%</b>	<b>59.339,43 •</b>	<b>49,6%</b>
OPR	41.520,74 •	3.995,90 •	9,6%	37.524,84 •	90,4%
PM	97.417,34 •	46.932,72 •	48,2%	50.484,63 •	51,8%
PR	33.926,22 •	0,00 •	0,0%	33.926,22 •	100,0%
TF	75.752,12 •	31.360,65 •	41,4%	44.391,47 •	58,6%
UM	74.965,95 •	28.257,09 •	37,7%	46.708,86 •	62,3%
<b>gesamt</b>	<b>1.676.504,14 •</b>	<b>791.000,00 •</b>	<b>47,2%</b>	<b>885.504,15 •</b>	<b>52,8%</b>

Rot und fett hervorgehoben sind die Kreisverbände, die nach dem Vorschlag des LV mehr als 50% ihrer prognostizierten Einnahmen aus Beiträgen und Spenden abführen sollen. Es handelt sich um 5 Kreisverbände. Weitere 4 Kreisverbände sollen mehr als 48% ihrer prognostizierten Einnahmen abführen.



Grafisch stellt sich das Verhältnis zwischen den in den Kreisverbänden verbleibenden Mitteln und den Abführungen so dar:



Es wird deutlich, dass die Kreisverbände, die überproportional viel abführen trotzdem mehr kreisliche Mittel behalten als die Kreisverbände, die wenig abführen. Begründbare Ausnahme ist der Kreisverband Lausitz, der aus zwei Kreisverbänden entstanden ist, und einen Landkreis und eine kreisfreie Stadt als Tätigkeitsgebiet hat. Hier sind die Sockelbeträge der notwendigen Ausgaben mit dem Faktor 1,8 im Vergleich zu den anderen Kreisverbänden berechnet worden. (Also nicht ganz Faktor 2, wie bei zwei Kreisverbänden, aber auch nicht Faktor 1.) Dieser Faktor soll in den nächsten Jahren verringert werden.

Diese Verteilung wird dem Anspruch gemäß § 5 Abs. 2 Finanzordnung gerecht, dass zwischen dem Grundsatz der Eigenfinanzierung und dem notwendigen Finanzausgleich ein Ausgleich zu schaffen ist. Das bisher praktizierte Verfahren ist also satzungs- und finanzordnungskonform. Es garantiert den Kreisverbänden ein verbindliches Maß an Aufgabenerfüllung. Da außerdem die Zustimmung von 75% der Kreisverbände für jede Jahresplanung notwendig ist, wird auch jährlich deutlich, ob das Verfahren insgesamt tragfähig ist.

Der Vorschlag des KV MOL zielt im Wesentlichen auf die Begrenzung der Abführung auf 50% der prognostizierten Einnahmen ab.

Der Vorschlag begegnet mehreren Bedenken:

Er ist systemfremd. Die Begründung des Antrags zielt im Wesentlichen darauf ab, dass der Kreisverband MOL sich nicht zu einer ausreichenden Aufgabenerfüllung im politischen Bereich in der

Lage sieht. Der Antrag fordert jedoch hierzu keine Veränderungen, sondern setzt an der Einnahmeseite an.

Daraus folgend müssen die Folgen dieses Antrags betrachtet werden. Wird für die Kreisverbände, für die mehr als 50% der prognostizierten Einnahmen als Abführungen vorgesehen wären, die Abführung bei 50% gekappt, ergäbe sich folgendes Bild:

<b>KV</b>	<b>Summe mit Kappung</b>	<b>Abschläge durch Kappung</b>
Brbg	4.756,07 •	0,00 •
Lausitz	90.210,33 •	0,00 •
FF	49.677,75 •	0,00 •
Po	<b>123.517,43 •</b>	<b>-34.706,93 •</b>
BAR	49.813,74 •	0,00 •
LDS	<b>59.101,84 •</b>	<b>-5.951,70 •</b>
EE	7.254,12 •	0,00 •
HV	16.711,85 •	0,00 •
MOL	<b>88.072,80 •</b>	<b>-15.601,99 •</b>
OHV	<b>54.821,39 •</b>	<b>-2.718,34 •</b>
OSL	17.267,31 •	0,00 •
LOS	<b>59.804,74 •</b>	<b>-465,31 •</b>
OPR	3.995,90 •	0,00 •
PM	46.932,72 •	0,00 •
PR	0,00 •	0,00 •
TF	31.360,65 •	0,00 •
UM	28.257,09 •	0,00 •
<b>gesamt</b>	<b>731.555,73 •</b>	<b>-59.444,27 •</b>

Es entstünde eine Deckungslücke von knapp 60.000 • zum Bedarf des Landesvorstands von 791.000 •. Diese Differenz müsste auf die anderen Kreisverbände verteilt werden. Da, wie oben bereits erwähnt, vier weitere Kreisverbände schon über 48% zahlen, können nur die eher finanzschwachen Kreisverbände in Anspruch genommen werden.

Allerdings könnte dann gerade bei den kleinen Kreisverbänden nicht mehr gesichert werden, dass sie wenigstens die Mittel behalten können, die sie nach den landesweit gültigen Annahmen für politische Arbeit und Geschäftsbetrieb behalten können sollen, während den großen Kreisverbänden mehr verbliebe.

Wird den kleinen Kreisverbänden dieses Mindestmaß belassen und die Kappung der Abführung bei 50% der Beitrags- und Spendeneinnahmen der Kreisverbände trotzdem durchgeführt, ergibt sich nur folgende Summe zur Verteilung:

<b>KV</b>	<b>Einnahmennormativ</b>	<b>Ausgabennormativ</b>	<b>Diff. f. mögliche Abführungen höchstens 50% von Einnahmen</b>
Brbg	38.699,80 •	33.570,93 •	5.128,87 •
Lausitz	182.032,37 •	84.750,90 •	91.016,18 •
FF	99.728,56 •	46.156,82 •	49.864,28 •
Po	247.034,86 •	76.408,08 •	123.517,43 •
BAR	100.081,19 •	46.362,80 •	50.040,60 •
LDS	118.203,68 •	48.050,92 •	59.101,84 •
EE	46.040,22 •	38.217,48 •	7.822,74 •
HV	58.366,50 •	40.344,69 •	18.021,80 •
MOL	176.145,60 •	64.344,26 •	88.072,80 •
OHV	109.642,78 •	47.592,80 •	54.821,39 •
OSL	57.336,73 •	38.715,92 •	18.620,80 •
LOS	119.609,48 •	54.615,16 •	59.804,74 •
OPR	41.520,74 •	37.211,62 •	4.309,12 •
PM	97.417,34 •	46.805,80 •	48.708,67 •
PR	33.926,22 •	36.171,02 •	0,00 •
TF	75.752,12 •	41.933,26 •	33.818,86 •
UM	74.965,95 •	44.493,92 •	30.472,02 •
<b>gesamt</b>	<b>1.676.504,14 •</b>	<b>825.746,39 •</b>	<b>743.142,16 •</b>

Es stünden insgesamt nur ca. 743.000,00 • für den Plan der Abführungen zur Verfügung. Der Landesvorstand hat in seinem Haushaltsplan einen Bedarf von 791.000 • festgestellt. Einsparungen von knapp 50.000 • im Haushalt des Landesvorstands gehen zu Lasten der politischen Arbeit. Im Personalbereich sind nur langfristig Einsparungen möglich. Die Landesgeschäftsstelle hat in den vergangenen Jahren mehrere Mitarbeiterstellen abgebaut und wird dies weiter tun. Im April 2009 geht ein Mitarbeiter in die Ruhephase der Altersteilzeit und wird kostenmäßig vom Parteivorstand übernommen. Der Landesvorsitzende strebt ein Bundestagsmandat an. Personalkosten einer weiteren Stelle werden, soweit möglich, in den Wahlkampfetat verlagert. Trotzdem bilden die Personalkosten mit 636.000 • den größten Block des Haushalts des Landesvorstands. Der Geschäftsbetrieb bietet bei 83.000 • nur noch minimale Einsparpotentiale.

Verbleibt die laufende politische Arbeit, die mit 148.000 • veranschlagt ist.

Der Antrag des Kreisverbands Märkisch-Oderland würde somit, mindestens mittel- bis langfristig,

zur Kürzung der politischen Arbeit des Landesvorstands um ein Drittel führen müssen.

Nur kurzfristig würde der vom Antrag aus MOL erstrebte Rückgriff auf die Rücklagen der Kreisverbände beim Plan der Abführungen helfen. Dieser Rückgriff würde außerdem heftigen Widerstand der jeweiligen Kreisverbände hervorrufen.

Der Antrag des Kreisverbands Märkisch-Oderland ist deshalb aus meiner Sicht nicht zum Beschluss geeignet.

Die Vorschläge wurden bereits in einer Sitzung des Landesfinanzrats am 23.10.2008 mit den KreisschatzmeisterInnen beraten. Für den Vorschlag aus MOL fand sich dort keine nachhaltige Unterstützung. Die anderen SchatzmeisterInnen sprachen sich weitgehend für die Fortführung des bisherigen Solidarmodells aus.

Das Finanzierungsmodell hat sich bewährt. Es berücksichtigt die komplexe Interessenlage, bei der alle Beteiligten einen vertretbaren Anteil an den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln erhalten.

# Kandidatin als Ersatzdelegierte für den Bundesausschuss

## Rosemarie Kaersten

**geb. am:** 08.07.1942

**Tätigkeit:** Lehrerin und Dozentin, Restaurantfachfrau mit AEVO

**Familienstand:** 42 Jahre verheiratet, 3 Kinder, 4 Enkel

### **Politische Tätigkeit:**

Mitglied im Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Brandenburg

Stellvertretende Kreisvorsitzende der Partei DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark

Mitglied im Landesausschuss der Partei DIE LINKE. Brandenburg

Mitarbeit in den Landesarbeitsgemeinschaften „Neues Denken“ und „Solidarische Ökonomie“

Mitglied im Koordinierungsrat der Lisa auf Bundesebene

Sprecherin der LISA Land Brandenburg

Mitarbeit in der überparteilichen Fraueninitiative Berlin

Mitglied im Ortsbeirat Güterfelde



### **Begründung der Kandidatur**

In den zurückliegenden 4 Jahren arbeitete ich aktiv und ehrenamtlich im Landesvorstand, und im Landesrat der WASG Brandenburg und im Länderrat der WASG auf Bundesebene.

Zudem leitete ich ehrenamtlich die Koordinierungsstelle des Landesvorstandes der WASG Brandenburg

In dieser Tätigkeit war ich aktiv in Zusammenarbeit der Linkspartei. PDS Brandenburg, vor allem als Mitglied der Steuerungsgruppe auf Landesebene an dem Parteineubildungsprozess beteiligt.

Seit November 2006 arbeite ich im Kreisvorstand der Partei Die Linke Potsdam-Mittelmark und bin jetzt stellvertretende Kreisvorsitzende. Hier setze ich mich in meiner kommunalpolitischen Arbeit vor allem für positive Veränderung in der Lebensqualität unserer Bürger ein. Vor allem durch meine 2jährige Tätigkeit im Länderrat der WASG konnte ich bei politischen, inhaltlichen und finanziellen Entscheidungen auf Bundesebene mitwirken und

Erfahrungen in der bundespolitischen Arbeit sammeln. Dies bezog sich auch auf meine Mitarbeit am Programmwurf einer solidarischen Bürgerversicherung. Ich möchte meine bisherigen Erfahrungen aus gesellschaftlicher und beruflicher Tätigkeit in den Bundesausschuss einbringen und bitte Euch um Zustimmung zu meiner Kandidatur.

# Kandidat als Ersatzdelegierter für den Bundesausschuss

## Dr. sc. phil. Artur Pech

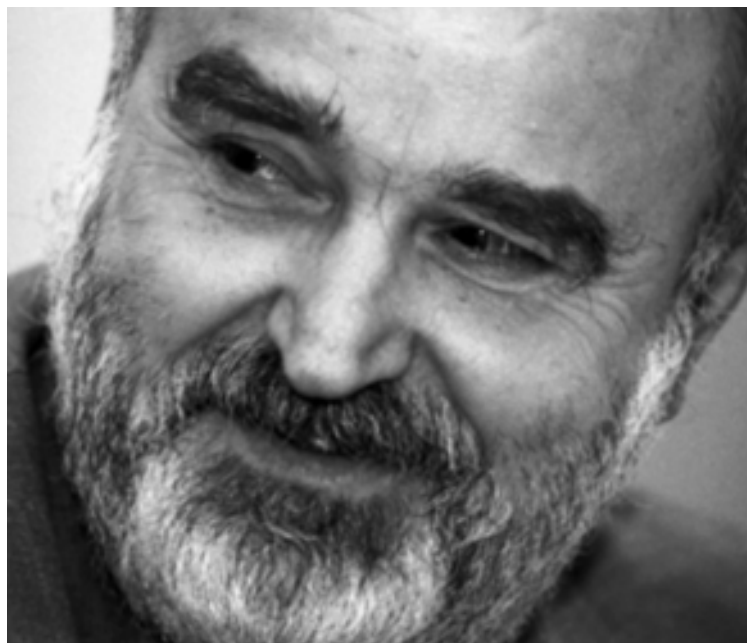
Geburtsdatum: 07.08.1947

Beruf / Tätigkeit: Kfz-Schlosser; Fachlehrer;  
Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler / Unternehmensberater

Politische Funktionen: Gemeindevertreter  
(seit 1993), stellv. Fraktionsvorsitzender im  
Kreistag Oder-Spree / Delegierter Bundesspar-  
teitag

Angaben zur Familie: verheiratet, 2 Kinder, 3  
Enkel

Wohnort: Schöneiche bei Berlin



### Begründung der Kandidatur

Seit Einführung des SGB II bearbeite ich für unsere Fraktion im Kreistag Oder-Spree als Hartz-IV-Optionskommune diese Problematik.

Die Verwaltung und die Mehrheit des Kreistages wirken mit wachsendem Druck darauf hin, jegliche Mitwirkung des Kreistages auszuschließen. Wirksame Politik erfordert gerade in diesem Bereich eine Vernetzung über den eigenen Tellerrand hinaus. Bisherige Bemühungen innerhalb des Landesverbandes haben nicht zu den notwendigen Ergebnissen geführt. Ich erhoffe von einer Mitwirkung im Bundesausschuss, der stiefmütterlichen Behandlung der Probleme der Optionskommunen auch innerhalb der LINKEN besser begegnen zu können.

# Kandidatin als Ersatzdelegierte für den Bundesausschuss

## Petra Wirth

**geb.:** 03. April 1959

**Beruf:** Bauingenieurin

**Tätigkeit:** Beratende Ingenieurin, Gutachterin

**Politische Funktionen:** Mitglied Kreisvorstand MOL, Mitglied Landesvorstand Brandenburg

**Familie:** verheiratet, 1 Tochter 13 J.

**Wohnort:** Reichenow-Möglin



### Begründung der Kandidatur

Mein Anliegen ist es, die gewählten Bundesausschussmitglieder in Ihrer Arbeit zu unterstützen. Deshalb möchte ich als ehemaliges Landesratsmitglied der WASG Brandenburg und Mitglied des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE Brandenburg, als Ersatzdelegierte für den Bundesausschuss kandidieren.

Die Grundlagen der Arbeit des Bundesausschusses sind für mich, die programmatischen Eckpunkte, die Satzung sowie die Beschlüsse des Gründungsparteitages und die Verwirklichung der „Politischen Rahmenplanung bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament und zur Bundestagswahl 2009“.

Für die Unterstützung der Arbeit im Bundesausschuss und der Verwirklichung der gesetzten Schwerpunkte, ist es für mich wichtig, im Kampf um den gesetzlichen Mindestlohn und gegen Lohn-dumping, mehr öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen, die Bekämpfung der Altersarmut, die Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum und das Einsetzen für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, meinen Beitrag zu leisten.

Darüber hinaus, gilt es die innerparteilichen Aufgaben des Bundesausschuss, wie die Benennung der wesentlichen politischen Konfliktfelder der Partei und die Berichterstattung über das Zusammenwachsen der Landesverbände in den neuen und alten Bundesländern, anzunehmen.







